



Austeritätsmaßnahmen – eine Gefahr für Demokratie und soziale Rechte

Ausschuss für Sozialordnung, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung

Berichtersteller: Andrej Hunko, Deutschland, Vereinigte Europäische Linke (UEL)

Im Folgenden wird die von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 26. Juni 2012 angenommene Entschließung sowie der zugehörige erläuternde Bericht dokumentiert.

Zusammenfassung

Es wächst die Befürchtung, dass die in vielen europäischen Staaten zurzeit betriebenen Ansätze zur Haushaltskonsolidierung nicht ihre Ziele erreichen werden, sondern die Gefahr in sich bergen, die Krise weiter zu verschärfen. In ganz Europa angewandte Austeritätsmaßnahmen werden von internationalen Experten und Organisationen zunehmend kritisch bewertet, da sie demokratische und soziale Rechte untergraben können, insbesondere die der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsschichten. Die Parlamentarische Versammlung sollte ein nachdrückliches Signal aussenden, indem sie eine tiefgreifende Neuorientierung der Sparprogramme verlangt und ihre fast ausschließliche Schwerpunktsetzung bei Ausgabenkürzungen im sozialen Bereich, so bei Renten, Gesundheitszahlungen oder Familienleistungen, beendet. Zu den künftigen einzelstaatlichen Aktionen sollten auch Maßnahmen gehören, mit denen die öffentlichen Einnahmen gesteigert werden können – durch stärkere Besteuerung von Besserverdienern und Vermögenden, Erhöhung der Steuergrundlage und effizientere Steuereintreibung, Steigerung der Leistungsfähigkeit der Finanzverwaltung und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Steuerflucht und Steuerparadiesen, der Korruption und der Schattenwirtschaft. Die derzeitigen Haushaltskonsolidierungsprogramme sollten durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördernde Maßnahmen ergänzt werden, darunter die Schaffung neuer, qualifizierter Arbeitsplätze und die besondere Unterstützung der jungen Generation im Übergang zwischen Ausbildung und Beschäftigung.

A. Entschließung²

1. Seit 2009 wurden in ganz Europa strenge Austeritätsprogramme aufgelegt, mit denen die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden sollen. In jüngerer Zeit werden sowohl die wirtschaftliche Wirksamkeit von Kürzungsmaßnahmen als auch die eigentlichen Ursachen der Krise von internationalen Experten und Organisationen immer stärker hinterfragt. Auch die kurz- und langfristigen negativen Auswirkungen der Maßnahmen auf demokratische Prozesse und Standards für soziale Rechte sind in die Kritik geraten.

2. Die Parlamentarische Versammlung ist besorgt über die Auswirkungen der derzeitigen Austeritätsprogramme auf die Standards der demokratischen und sozialen Rechte. Sie befürchtet, dass die zurzeit verfolgten restriktiven Ansätze, die hauptsächlich auf Haushaltskürzungen bei den Sozialausgaben beruhen, ihr Ziel die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren nicht erreichen könnten, sondern die Gefahr in sich bergen, die Krise weiter zu vertiefen und die sozialen Rechte zu untergraben, da hauptsächlich die einkommensschwachen Klassen und die verwundbarsten Teile der Bevölkerung betroffen sind.

3. In diesem Zusammenhang ruft die Versammlung zu einer Neubewertung der gegenwärtigen Krise auf, bei der die großen Rettungspakete zugunsten europäischer Banken als Hauptursachen anerkannt werden. Die Versammlung hält es für erforderlich, die langfristige Frage des Ausgleichs der öffentlichen Finanzen von den Finanzmärkten und ihrer spezifischen Dynamik sowie ihren kurzfristigen Interessen zu trennen. Auf der Ebene der Europäischen Union sollte das Verbot der monetären Finanzierung der Staaten über die Europäische Zentralbank (EZB) diskutiert werden.

4. Angesichts der Folgen des „ungezügelter“ Wirtschaftsliberalismus sollten das europäische Sozialmodell und seine verschiedenen nationalen Ausprägungen als gemeinsame europäische Vision, die durch das Grundprinzip der „Sozialen Marktwirtschaft“ charakterisiert ist, geschützt werden und der Wohlfahrtsstaat sollte weiter gestärkt werden, auch durch neue soziale Partnerschaften, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen.
5. Die Umsetzung von Austeritätsmaßnahmen ist oft mit Gremien verbunden, deren Wesen Fragen in Bezug auf demokratische Kontrolle und Legitimität aufwerfen, wie bei der so genannten „Troika“ des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank oder neu gebildeten technokratischen Regierungen, wie sie in jüngster Zeit in mehreren Mitgliedstaaten entstanden sind. Es wird davon ausgegangen, dass die jüngste Entscheidung, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und den damit verknüpften Europäischen Fiskalpakt ins Leben zu rufen, den Druck auf die Mitgliedstaaten, neue Austeritätsmaßnahmen durchzuführen, weiter erhöhen wird.
6. Die Versammlung empfiehlt eine grundlegende Neuorientierung der gegenwärtigen Austeritätsprogramme, die ihre quasi-ausschließliche Fokussierung auf Ausgabenkürzungen im sozialen Bereich wie bei Renten, Gesundheitsdiensten oder Familienleistungen beendet. Sie empfiehlt Maßnahmen zur Steigerung der öffentlichen Einnahmen durch stärkere Besteuerung der höheren Einkommensgruppen und der Vermögen, durch Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage und Verbesserung des Steuereinzugs, der Effizienz der Steuerverwaltung und der Bekämpfung von Steuerbetrug und -hinterziehung.
7. Um die gegenwärtige Krise zu überwinden und zur eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten, sollten anstelle des Austeritätsansatzes energische Maßnahmen zugunsten der wirtschaftlichen Erholung ergriffen werden, die auf der Schaffung neuer, qualitativ hochwertiger Beschäftigungsmöglichkeiten, dem gleichen Zugang zur Beschäftigung und der Unterstützung junger Menschen beim Übergang von der Ausbildung zu einer beruflichen Laufbahn beruhen.
8. Auch wenn viele der Entscheidungen zur so genannten „Staatsschuldenkrise“ im Rahmen der Institutionen der Europäischen Union und der Eurozone getroffen werden, halten viele Staaten des Größeren Europas es für nötig, die öffentlichen Haushalte aus verschiedenen Gründen zu konsolidieren, während sie weiterhin die Auswirkungen der anhaltenden Wirtschaftskrise spüren. Alle Mitgliedstaaten des Europarats sollten darum aktiv einbezogen werden, wenn es um das Finden gemeinsamer Lösungen geht, um die gegenwärtige Krisensituation auf äußerst demokratische Weise und unter höchster Achtung der sozialen Rechte zu überwinden.
9. Was den Schutz der Menschenrechte (einschließlich der sozialen Rechte) angeht, bleibt die revidierte Europäische Sozialcharta (ETS Nr. 163) die wichtigste Grundlage, während die von dem Europarat 2007 erarbeitete Strategie zur Innovation und guten kommunalen Regierungsführung mit 12 Grundsätzen für „gute demokratische Regierungsführung“ als wichtiger Bezugspunkt moderner Demokratien weiterhin gefördert werden sollte.
10. Im Lichte dieser Bewertung ruft die Parlamentarische Versammlung die Mitgliedstaaten dazu auf:
 - 10.1. die Untergrabung bestehender demokratischer Standards bei Entscheidungen in Verbindung mit der „Staatsschuldenkrise“ und möglicherweise zu ergreifenden europäischen Maßnahmen zu verhindern, indem nationalen Regierungen und anderen demokratisch legitimierten Institutionen, insbesondere Parlamenten, der höchstmögliche Ermessensspielraum bewahrt wird;
 - 10.2. Überlegungen dazu anzustellen, wie solche Prozesse in Zukunft demokratischer gestaltet werden könnten, auch im Hinblick auf die künftigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf europäischer Ebene, und unterdessen mit größter Transparenz zu handeln, wenn weitreichende Entscheidungen getroffen werden, die sich tiefgreifend auf die Volkswirtschaften und das Leben der Menschen auswirken;
 - 10.3. die revidierte Europäischen Sozialcharta und das Europäische Abkommen über Soziale Sicherheit (ETS Nr. 078) zu unterzeichnen und zu ratifizieren, wenn dies noch nicht geschehen ist, und die Unterstützung einer Überarbeitung letzterer in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der heutigen Arbeitssituationen und Lebensstile zu erwägen, um so die Rechte Bürger der Mitgliedstaaten auf ein Niveau zu heben, das mindestens gleich oder höher als die in den bilateralen Vereinbarungen garantierten Rechte ist;

- 10.4. wo immer dies anwendbar ist, eine öffentliche Diskussion über die sozialen Folgen und die Auswirkungen auf die demokratische Souveränität zu beginnen, sollten der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Europäische Fiskalpakt in Kraft treten;
- 10.5. Maßnahmen zur Modernisierung demokratischer Strukturen und Prozesse durch Einführung neuer Formen der Beteiligung und Anhörung der Bürger – wie Referenden – zu erwägen, wo immer die Verfassung oder die Gesetze solche Möglichkeiten vorsehen;
- 10.6. die gegenwärtige Austeritätsprogramme unter dem Blickwinkel ihrer kurz- und langfristigen Auswirkungen auf demokratische Entscheidungsprozesse und die Standards bei sozialen Rechten, Sozialversicherungssystemen und Sozialeinrichtungen wie Renten- und Gesundheitssysteme, familienbezogene Dienstleistungen oder Assistenzdienste für die verwundbarsten Gruppen (Behinderte, Migranten, Arbeitslose usw.) eingehend zu bewerten;
- 10.7. Haushaltskonsolidierungsprogramme zu erarbeiten, die nicht nur auf Einsparungen bei öffentlichen Haushalten auf verschiedenen Ebenen und insbesondere bei Sozialausgaben, sondern auch auf zu erlangenden höheren Einnahmen, insbesondere durch eine höhere Besteuerung vermögenderer Einkommensgruppen und hoher Unternehmensgewinne, sowie einem entschiedenerem Kampf gegen Steuerhinterziehung, Steuerbetrug, Steuerparadiese, Korruption und die Schattenwirtschaft beruhen;
- 10.8. wo immer dies möglich ist, Haushaltskonsolidierungsprogramme durch Maßnahmen zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums zu ergänzen, darunter auch Maßnahmen, die darauf abzielen, neue qualitativ hochwertige Arbeitsplätze sowie die Voraussetzungen und das wirtschaftliche Umfeld für erfolgreiche Einzelinitiativen und Unternehmertum zu schaffen, da Beschäftigung eine Grundbedingung für künftige Steuereinnahmen darstellt;
- 10.9. umfassende wirtschaftliche Konjunkturprogramme zur Überwindung hoher Arbeitslosenquoten und ihrer negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen einzuleiten, einschließlich gezielter Maßnahmen zur Unterstützung junger Menschen im Übergang von der Ausbildung zur Beschäftigung;
- 10.10. Bemühungen um eine verstärkte Regulierung des Finanzsektors und der Finanzstrukturen weiterzuerfolgen und zu unterstützen, deren Größe, systemische Integration, Komplexität oder Vernetzung die Finanzstabilität und die Fähigkeit der Regulierungsbehörden gefährden können, deren Forderungen zu widerstehen, einschließlich Maßnahmen bezüglich des Schattenbankensystems, wie sie vom Europäischen Parlament verlangt und zurzeit von der Europäischen Kommission eingeleitet werden;
- 10.11. den gegenseitigen Informationsaustausch, die Zusammenarbeit und die Harmonisierung der Steuern zu verbessern, gemeinsame Maßnahmen zur schrittweisen Beseitigung von Steueroasen und finanzpolitischen Grauzonen einzuführen und die Möglichkeiten für die Einführung neuer Steuern auf bestimmte Arten von finanziellen Transaktionen in ganz Europa zu untersuchen.

B. Erläuternder Bericht von Herrn Hunko, Berichterstatter

1. Einführung: Warum sind Austeritätsmaßnahmen aus demokratischer und sozialrechtlicher Perspektive zu prüfen?

„Europas große Illusion liegt in der Überzeugung, die Krise sei durch eine unverantwortliche Haushaltspolitik verursacht worden.“ US-Ökonom Paul Krugman (Nobelpreis 2008) am 23. April 2012 im „Spiegel“

1. Alle Mitgliedstaaten des Europarats sind in gewisser Weise mit den Auswirkungen und Folgen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise konfrontiert. Die Krise, die 2008 als Finanzkrise begonnen hatte, wurde bald zu einer Wirtschaftskrise. 2010 zeichneten sich am Horizont Erholungsaussichten ab, doch stattdessen kam es zu einer Umwandlung in eine so genannte „Staatschuldenkrise“. In vielen Staaten werden zurzeit in Verbindung mit der Krise strategische politische und wirtschaftliche Entscheidungen getroffen. Viele europäische Länder bereiten Sparprogramme vor oder führen sie sogar schon durch, die sehr oft mit weitreichenden Einschnitten bei den Staatsausgaben und der Besoldung von Staatsbediensteten, Privatisierungen, einer Senkung der Mindestlöhne, einer Verringerung der Zahl der öffentlich Bediensteten oder höheren Verbrauchssteuern aus politischen (ideologischen) oder wirtschaftlichen Gründen (Verpflichtungen wegen der Mitgliedschaft in der Eurozone oder aufgrund von Forderungen internationaler Gläubiger) verbunden sind.

2. Am 15. September 2011 erklärte der Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, in einem Bericht über einen Länderbesuch im Juni 2011 in Irland, dass „die in Irland geplanten Haushaltseinschnitte dem Schutz der Menschenrechte schaden (können). Es kommt entscheidend darauf an, diese Gefahr zu vermeiden, gerade auch, was gefährdete Gruppen von Menschen angeht“.³ Angesichts der ersten seit 2010 in den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen hat sich in der Tat schnell gezeigt, dass Austeritätsmaßnahmen zu Kürzungen der Sozialleistungen (Renten, Invaliditätszahlungen, Arbeitslosengeld usw.) sowie einer generellen Beschneidung der Qualität der Sozialeinrichtungen (Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung usw.) führen. Da diese Folgen oft ohnehin wirtschaftlich und sozial benachteiligte Bevölkerungsschichten treffen, werden Austeritätsmaßnahmen zu einer Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des Schutzes gefährdeter Gruppierungen.

3. Auch die Art und Weise, wie viele Regierungen bei der Unterwerfung ihrer Staatshaushalte unter Sparprogramme vorgehen, sollte unter dem Blickwinkel demokratischer Standards hinterfragt werden. Sehr häufig erleidet die Souveränität von Staaten und Regierungen in Krisensituationen Einbußen. Entscheidungen fallen aufgrund sehr kurzfristiger Überlegungen, angeblicher Handlungszwänge und in Eilverfahren, während die Aspekte der Transparenz und demokratischer Prozesse vernachlässigt werden. In manchen Fällen werden Sparprogramme von internationalen Gläubigern (Internationaler Währungsfonds [IWF], Europäische Union) als Vorbedingung für die Gewährung weiterer Darlehen auferlegt. So kam es in geradezu dramatischer Form in Griechenland, wo die so genannte „Troika“ (IWF, EU-Kommission und Europäische Zentralbank [EZB]) einschneidende Austeritätsmaßnahmen verhängte. Im Lichte solcher Entwicklungen ist Ihr Berichterstatter der Auffassung, dass die Regierungen den Bürgern ein Mitspracherecht darüber geben sollten, ob, wie und wann die Staatsschulden vermindert werden und die Staaten ihren internationalen Zusagen und Verpflichtungen in Bezug auf demokratische Standards nachkommen sollten.

4. In Anbetracht der Auswirkungen nationaler Sparprogramme auf die Sozialleistungen wie auch auf die demokratischen Entscheidungsprozesse haben im ganzen Jahr 2011 weltweit Proteste begonnen. Die wichtigsten „Kerne“ der so genannten „Occupy“-Bewegung, die auch in den Medien größte Aufmerksamkeit fand, waren die im Mai 2011 in Madrid aufgekommene Bewegung der „indignados“, also der „Empörten“, die „Occupy Wall Street“-Bewegung im September 2011 und die „Occupy London“-Zeltlager im Oktober 2011. Insbesondere in Griechenland, Portugal und Spanien führten Austeritätsmaßnahmen zu riesigen öffentlichen Demonstrationen. Um ein möglichst breites Meinungsspektrum zu erfassen, wollte Ihr Berichterstatter auch die Argumente einiger Vertreter dieser Bewegungen in Bezug auf die politischen Reaktionen zu der weltweiten Krise hören. Dieser breite Ansatz zeigt sich in den beiden Expertenanhörungen, die der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung im Januar und März 2012 abhielt.⁴

5. Bei der Annahme seiner Stellungnahme zu „Überschuldung von Staaten – eine Gefahr für die Demokratie und die Menschenrechte“ im April 2011 beschloss der ehemalige Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie, die Ausarbeitung eines gesonderten Berichts über die Austeritätsmaßnahmen anzuregen, die zurzeit von einer ganzen Reihe von Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Die Parlamentarische Versammlung schloss sich dieser Anregung an und leitete den entsprechenden Antrag zur Berichterstattung an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung weiter.

6. Gestützt auf dieses Mandat möchte Ihr Berichterstatter die Ziele und Folgen verschiedener Sparprogramme in Mitgliedstaaten des Europarats ergründen. Da Anfang 2012 fast jede Woche neue Auswirkungen aktueller sparpolitischer Maßnahmen in Erscheinung getreten sind, könnte der vorliegende Bericht laufend aktualisiert werden – eine ganz offensichtlich unmögliche Aufgabe. Mit dieser Arbeit sollen darum ein Überblick über die Folgen von Austeritätsmaßnahmen gegeben werden, die schon bis Mai 2012 deutlich geworden sind und auf dieser Grundlage eine Reihe von Empfehlungen ausgesprochen werden. Diese sind als Beiträge zu öffentlichem Management und wirtschaftspolitischen Ansätzen mit langfristigen Ausblicken, zu transparenten und demokratischen Entscheidungsprozessen und zur höchsten Achtung europäischer Menschenrechtsstandards gedacht, einschließlich Sozialrechtsstandards, wie sie in der überarbeiteten Europäischen Sozialcharta (ETS Nr. 163) verankert sind.

2. Sparprogramme und ihre Ziele in ganz Europa

7. Das Hauptargument für Sparprogramme in Europa lautet, sie seien erforderlich, um die hohen Haushaltsdefizite zu überwinden, als deren Ursache oft übermäßige Ausgaben für die Sozialfürsorge während der Wirtschafts- und Finanzkrise genannt werden. Immer häufiger stellen allerdings viele Experten und internationale Organisationen die Effektivität solcher Konsolidierungsprogramme in Frage und haben sich der Erkenntnis geöffnet, dass die Finanzkrise und die gewaltigen Rettungspakete für europäische Banken zu den eigentlichen Ursachen der Krisensituation gehören und keine ihrer Folgen darstellen.

2.1. Hintergrund: Entwicklungen, die zu der 2012 anhaltenden „Staatsschuldenkrise“ geführt haben

8. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Europa 2007 erstmals erfasste, hatte sich seit Ende 2006 zu entfalten begonnen, nachdem in den Vereinigten Staaten der Immobilienmarkt zusammengebrochen war. Einen ihrer Höhepunkte erreichte sie am 15. September 2008, als sich die amerikanische Investmentbank Lehman Brothers für bankrott erklärte, worauf die internationalen Finanzmärkte in Aufruhr gerieten. Während des gesamten Zeitraums 2008/2009 entwickelte sich die Krise in ihrer Art und ihrem Umfang weiter und weitete sich in vielen Ländern zu einer größeren Wirtschaftskrise aus, während die ihr zugrunde liegende Finanzkrise sich fortsetzte und die Regierungen weltweit Diskussionen über künftige Reformen und die Regulierung der Finanzmärkte führten, insbesondere im Rahmen der G20-Gruppe. Inzwischen hieß es in dem letzten Financial Stability Review der EZB, die „Risiken für die Finanzstabilität des Euroraums (hätten) in der zweiten Jahreshälfte 2011 deutlich zugenommen, da die Staatsschuldenkrise und ihr Wechselspiel mit dem Bankensektor sich in einem Umfeld schwächer werdender makroökonomischer Wachstumsaussichten verschlechtert (hätten)“ und „die Weitergabe von Spannungen zwischen den Staaten, zwischen Banken und diesen beiden sich bis hin zu systemischen Krisendimensionen verstärkt (hätten), wie man sie seit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers vor drei Jahren nicht erlebt (habe).“⁵

9. Seit Ende 2009 begann sich infolge der weltweit zunehmenden Staatsverschuldung eine so genannte „Staatsschuldenkrise“ zu entwickeln, die sich Anfang 2010 und danach verschärfte. Weiteren Zahlenangaben der EZB zufolge ist die allgemeine Bruttostaatsverschuldung seit 2007 stetig gestiegen – mit einer deutlichen Zunahme zwischen 2008 und 2010 und einem langsameren, aber anhaltenden Anstieg des allgemeinen Schulden-BIP-Verhältnisses (BIP = Bruttoinlandsprodukt) von 66,2% des BIP (2007) auf (für 2012 erwartete) 88,5%.⁶ Öffentliche Gelder wurden von Anfang an eingesetzt, um das Finanzsystem vor dem Zusammenbruch zu bewahren, und Schuldensätze, wegen derer zuvor kaum jemand die Stirn gerunzelt hatte, wurden mit einem Mal als zu hoch angesehen. Investoren verloren angesichts alarmierender Berichte der marktbeherrschenden privaten Ratingagenturen ihr Vertrauen.

10. Zu den näher zu betrachtenden eigentlichen Ursachen gehört eine Dysfunktion des Stabilitäts- und Wachstumspakts der Europäischen Union⁷: Ursprünglich sollten diese Bestimmungen dafür sorgen, dass die Mitgliedstaaten ihre Haushaltsdisziplin einhalten, indem jährliche Begrenzungen (3% des BIP) und generelle Einschränkungen des Staatshaushaltsdefizits sowie das so genannte „Nicht-Beistandsprinzip“ (*no bailout*) auferlegt wurden, doch sind diese Bestimmungen von vielen Mitgliedstaaten, darunter auch von so genannten „Kernländern“ wie Deutschland und Frankreich, oft zurechtgebogen oder gar umgangen worden. Das wurde durch eine der von Anfang an bestehenden Schwachstellen der Währungsunion ermöglicht – der Unterscheidung zwischen einer gemeinsamen Währungspolitik und dezentralisierten Haushaltspolitiken, die weiterhin in den Händen der jeweiligen nationalen Regierung liegen.⁸

2.2. Europäische Reaktionen auf die „Staatsschuldenkrise“

11. Die „Staatsschuldenkrise“ ist durch die Herabstufung der Staatsschulden verschiedener Länder durch die Großen Drei, die weltweit tätigen Ratingagenturen aus den USA (Standard and Poor's, Moody's

und Fitch) beschleunigt worden: zuerst Griechenland, Portugal und Irland und später auch die Vereinigten Staaten (im August 2011) und neun Länder der Eurozone (im Januar 2012). In der Zwischenzeit haben Experten eine bessere Regulierung der Ratingagenturen verlangt, um für mehr Transparenz und Wettbewerb zu sorgen.⁹

12. Im Verlauf dieser Ereignisse errichteten die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union am 9. Mai 2010 die Europäische Finanzstabilitätsfazilität (EFSF), zu der ein Rettungsschirm von mindestens 440 Mrd. Euro gehört, mit dem in ganz Europa für Finanzstabilität gesorgt werden soll. Um diesen Auftrag zu erfüllen, ist der EFSF die Genehmigung erteilt worden, die erforderlichen Mittel zu beschaffen, um in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Ländern Kredite zu gewähren und Kreditinstitute auch bei Nicht-Programmländern über Darlehen an Regierungen zu rekapitalisieren.

13. Allerdings ist jede Finanzhilfe für ein bedürftiges Land mit strengen politischen Auflagen verbunden, die in einem Memorandum of Understanding (MoU) zwischen dem jeweiligen Land und der so genannten „Troika“ dargelegt sind, zu der die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds gehören. Damit sind oft Maßnahmen wie die Forderung nach Steuererhöhungen und Kürzungen der Staatsausgaben oder Strukturmaßnahmen zur Liberalisierung des Arbeitsmarkts und bestimmter geschützter Sektoren verbunden. Entscheidungen über den Höchstbetrag eines Kredits, seine Marge und Fälligkeit sowie die Zahl der zu leistenden Rückzahlungsraten werden von den Finanzministern der Mitgliedstaaten der Eurozone einstimmig getroffen. Kommt ein in Schwierigkeiten geratenes Land den Bedingungen nicht nach, werden die Kreditzahlungen und das entsprechende Länderprogramm bis zu dessen Überprüfung und Neuverhandlungen über das MoU unterbrochen.¹⁰

14. Die führenden europäischen Politiker vereinbarten außerdem, eine ausgewogene Haushaltsänderung vorzunehmen.¹¹ Während die Zinssätze insbesondere in einigen Ländern der Eurozone, wie Belgien, Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien, beunruhigende Höhen erreichten,¹² wurde die „Staatsschuldenkrise“ stets als Problem der gesamten Eurozone betrachtet.¹³ Zusätzlich zum EFSF wurde am 24. Juni 2011 der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) von dem Europäischen Rat als ständiger Krisenbewältigungsmechanismus errichtet und soll nach einer Entscheidung von Ende März 2012 bis Mitte 2012 ratifiziert werden.¹⁴

2.3. Zunehmend kontroverse Interpretation und Wahrnehmung von Sparprogrammen

15. Seit dem Beginn der „Staatsschuldenkrise“ im Jahre 2009 sind von den einzelnen Mitgliedstaaten angewandte Austeritätsmaßnahmen als Voraussetzung für eine Verminderung der öffentlichen Schuldenlast, der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und letztlich auch die wirtschaftliche Erholung auferlegt worden. Dieser Gedanke war ursprünglich von dem IWF und Institutionen der Europäischen Union gefördert und von den nationalen Regierungen der meisten Mitgliedstaaten anerkannt worden. Deshalb wurden in ganz Europa Sparprogramme ausgearbeitet, und zwar nicht nur in von der Krise am unmittelbarsten betroffenen Ländern und nicht zuletzt unter dem Druck, den die Mitgliedstaaten der Eurozone aufeinander ausüben, um demselben Pfad zu folgen.¹⁵

16. Erst Anfang März 2012 wurde Griechenland nach der Zustimmung von 85,8% der griechischem Recht unterliegenden Verbindlichkeiten und 69% seiner internationalen Gläubiger eine „Schuldenumwandlung (*debt swap*)“ gewährt, worauf das Land einen zusätzlichen Kredit in Höhe von 130 Mrd. Euro erhielt. Der griechische „Bailout“ sollte allerdings unter der Voraussetzung gewährt werden, dass das Land eine weitere Runde von Austeritätsmaßnahmen umsetzt, darunter eine Senkung der Mindestlöhne, die Entlassung von 150 000 öffentlichen Bediensteten bis 2015, die Fortsetzung der Privatisierung und das Verbot von Tarifverhandlungen entgegen den Rechten, wie sie in der überarbeiteten Europäischen Sozialcharta, der Grundrechtecharta der Europäischen Union und entsprechenden Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation festgelegt sind.¹⁶ Auf der Grundlage dieses Trends scheinen die kurzfristigen Überlegungen im Finanzsektor gegenüber den langfristigen Betrachtungen der öffentlichen Politik, die eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung anzuregen bemüht sind, die Oberhand zu haben.

17. Zweifel an der kurz- und langfristigen Effektivität von Austeritätsmaßnahmen haben viele internationale Experten und Organisationen geäußert (siehe auch weiter unten, Kapitel 3.). Einige Kommentatoren nannten Sparprogramme „eine sich als Wirtschaftspolitik tarnende Ideologie“.¹⁷ Anfang 2012 warnten sogar der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation in einem „Aufruf zum Handeln“ zur Förderung des Wachstums und zur Bekämpfung des Protektionismus vor den wirtschaftlichen und sozialen Risiken von Sparprogrammen und forderten die Mitgliedstaaten in ihrer gemeinsamen Erklärung dazu auf, „die Finanzkonsolidierung so zu steuern, dass die Wachstums- und Beschäftigungsaussichten gefördert statt vermindert werden“ und sie „sozialverträglich“ anzuwenden.¹⁸ In

letzter Zeit schloss sich ihnen auch die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) an, die die weltweite Beschäftigungssituation in ihrem „World of Work Report 2012“ als „alarmierend“ bezeichnete und vor den „verheerenden Folgen“ von Austeritätsmaßnahmen warnte, die unter dem Blickwinkel ihrer Ziele, das Vertrauen zu stützen und die öffentlichen Defizite zu vermindern, als kontraproduktiv betrachtet wurden.¹⁹ Schließlich bekundeten mehrere führende europäische Politiker wie Angela Merkel und François Hollande vor kurzem ihr Einverständnis mit dem Vorschlag von EZB-Präsident Mario Draghi, die Austeritätsmaßnahmen des europäischen Fiskalpakts mit einem „Wachstumspakt“ abzurunden, auch wenn über den im Einzelnen zu steuernden Kurs keine gemeinsame Position zu bestehen scheint.²⁰

18. In einigen Ländern, die seit 2010 Sparprogramme durchführen, wie Griechenland, Irland oder Portugal, lässt sich bereits feststellen, dass die ergriffenen Maßnahmen zu einer weiterreichenden wirtschaftlichen Rezession geführt haben, von der immer größere Teile der Bevölkerung betroffen sind, wodurch die Krise vertieft wurde, während sich nicht unbedingt die erwarteten Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen und die allgemeine Wirtschaft ergeben haben. Die Krise tritt im Übrigen in Spanien in ihre nächste Runde ein, wo bis zum Ende des Jahres mit einer weiteren Rettungsaktion im Bankensektor gerechnet wird. Gleichzeitig hat die Arbeitslosigkeit einen Stand von fast 25% erreicht, und die Sparhaushalte haben die Belastungen durch Bildung und Gesundheit deutlich in die Höhe getrieben, wodurch die Haushaltseinkommen weiter untergraben worden sind und die Rezession sich verlängert hat.²¹ Ebenso dürfte auch die Rezession in Italien nach einem Einbruch bei den Verbraucherausgaben infolge von Einschnitten bei Löhnen, Leistungen und Renten länger anhalten und tiefer reichen als erwartet.²² Während die durchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit in der gesamten Europäischen Union ansteigt, liegen die Arbeitslosigkeitsquoten insbesondere in Spanien und Griechenland über 50%.²³

19. Die Mitgliedstaaten folgen allerdings weiterhin strikten Sparansätzen, wie die EZB sie vertritt, deren Präsident noch im Februar 2012 erklärte, der europäische Wohlfahrtsstaat sei ein überholtes Modell und Austeritätsmaßnahmen müssten streng eingehalten werden, um sofortigen Reaktionen der Märkte vorzubeugen. Damit rief er die Regierungen dazu auf, finanzielle Betrachtungen zur entscheidenden Determinante ihrer politischen Beschlüsse zu machen.²⁴ Die langfristigen, selbstverstärkenden Auswirkungen solcher Tendenzen sind nicht zu unterschätzen. Nach Ansicht des ehemaligen Menschenrechtskommissars Thomas Hammarberg „(werden) Austeritätsmaßnahmen (...) die Ungleichheiten verschärfen, Probleme nur aufschieben und es in einigen Bereichen lediglich kostspieliger werden lassen, sie zu einem späteren Zeitpunkt zu lösen“.²⁵

3. Negative Auswirkungen von Austeritätsmaßnahmen auf Demokratie und soziale Rechte

20. Seit 2010 gelten in einer Reihe europäischer Staaten Sparprogramme, die weithin als schmerzliche, aber unverzichtbare Maßnahmen gerechtfertigt wurden. Die Diskussion über Sparen oder Wachstum hat sich jedoch zunehmend in den gesamtpolitischen Diskurs verlagert, also der Gedanke, dass umfassende und positive wirtschaftliche Sanierungsprogramme nötig sind anstelle einer defensiven Reaktion auf die Forderungen der Finanzmärkte und weiterer Kürzungen bei den Sozialleistungen, die von den Sparprogrammen als erste betroffen waren.²⁶ Darüber hinaus beginnen breite Bevölkerungsschichten, sich angesichts der ersten in Erscheinung tretenden negativen Auswirkungen der Austeritätsmaßnahmen und der Art und Weise, wie einige der relevanten Entscheidungen getroffen wurden, in ihren sozialen Rechten zunehmend bedroht zu fühlen und sich über den Zustand der Demokratie Sorgen zu machen.

3.1. Fehlvorstellungen von der Krise als einer der eigentlichen Ursachen ineffektiver Sparprogramme

21. Bei einigen der seit 2010 (gerade auch in Griechenland) umgesetzten Sparprogramme ist jetzt schon erkennbar, dass sie die ursprünglichen Erwartungen nicht erfüllen werden und dass stattdessen positivere Ansätze zur wirtschaftlichen Erholung nötig sein werden. Ihr Berichtersteller ist insbesondere der Ansicht, dass bestimmte grundlegende Analysen der derzeitigen Lage verfehlt waren: Die Rettungspakete für europäische Banken zählten zu den Ursachen der gegenwärtigen Krise oder hatten Rückwirkungen auf die Staatshaushalte, während sie gleichzeitig die sozialen Rechte (als Teil der Menschenrechte) und die demokratischen Prozesse beeinflussten. Ihr Berichtersteller ist deshalb überzeugt, dass die zurzeit in ganz Europa durchgeführten Sparprogramme ihre Ziele nicht erreichen werden, sondern die Krise mit ihren Auswirkungen auf die anfälligen Teile der Gesellschaft weiter vertiefen werden, soweit keine zusätzlichen Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung ergriffen werden.

22. Diese Einschätzung wird durch aktuelle Analysen internationaler Wirtschaftsgremien bestätigt. So erklärte die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in ihrem Bericht über Handel und Entwicklung 2011, dass 1. die in vielen Ländern zu beobachtenden fiskalischen

Ungleichgewichte eine Folge und nicht ein Auslöser der gegenwärtigen Krise seien und dass 2. der deutliche Anstieg der Staatsverschuldung in den meisten betroffenen europäischen Ländern erst nach der Krise und nicht davor zu beobachten gewesen sei.

23. Den Ergebnissen der UNCTAD zufolge hätten sich die – heute und früher – bestimmten Ländern von dem IWF auferlegten Sparprogramme in vielen Fällen negativ auf das BIP-Wachstum und den Finanzierungssaldo ausgewirkt, indem sie die öffentlichen Einnahmen tiefgreifend verändert und dadurch alle angestrebten positiven Effekte zunichtegemacht hätten. Studien ergaben, dass die tatsächlichen Ergebnisse solcher Programme weit hinter den ursprünglichen Prognosen des IWF zurückgeblieben waren und die positiven Effekte der IWF-Programme somit deutlich überschätzt worden waren.²⁶ Die Organisation ist der Ansicht, dass eine Währungsabwertung eine nachhaltigere Maßnahme darstellt, um eine Volkswirtschaft wettbewerbsfähiger werden zu lassen. Da eine solche Abwertung in der Eurozone nicht möglich ist, sind die einzig denkbaren Maßnahmen entweder eine interne Abwertung (durch Senkung von Löhnen, Gehältern und Sozialabgaben), was sofort zu einer Verringerung der Inlandsnachfrage führt oder die Erzeugung positiver Entwicklungsanreize. Letztlich müssen Austeritätsmaßnahmen, wenn sie greifen sollen, die wohlhabenderen Bevölkerungsteile angehen, indem hohe Einkommen und Vermögen stärker besteuert werden, da sich solche Schritte nur geringfügig auf private Ausgaben auswirken und somit höhere „Multiplikatoreffekte“ besitzen.

24. Der Eindruck einer gewissen Ineffizienz von Sparprogrammen wird durch eine aktuelle Studie der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung untermauert, die dem Ausschuss im März 2012 von einem ihrer Verfasser, Professor Arne Heise, vorgelegt wurde. Nach seiner Ansicht legten viele der gegenwärtigen Sparprogramme (von denen sieben als Beispiele eingehend untersucht wurden) einen zu großen Nachdruck auf Ausgabenkürzungen und hatten negative Umverteilungswirkungen. Sie dienten der Krise damit als Katalysator und lieferten keinerlei langfristige Lösungen für die dringendsten europäischen Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut, regionale Ungleichgewichte oder öffentliche Infrastruktur. Die Studie bekräftigte außerdem die Hypothese, dass Austeritätsmaßnahmen im Rahmen der „Staatschuldenkrise“ in vielen Ländern als Vorwand für von vornherein geplante Kürzungen der Sozialausgaben dienten.

25. In Verbindung mit der erwähnten Studie wurde das Beispiel Islands besonders hervorgehoben, da es anscheinend eines der Länder war, die nicht nur auf Haushaltskürzungen als Konsolidierungsmaßnahmen, sondern auch auf Steuererhöhungen gesetzt hatten, um möglichst kurzfristig ein positives Primärgleichgewicht zu erreichen. Hierzu ergriff die isländische Regierung eine Reihe sozial gesehen positiver Maßnahmen: Sie setzte nicht nur die Sozialversicherungsbeiträge von 5,34% auf 7% hoch, hob die Mehrwertsteuer um ein halbes Prozent an und erhöhte eine Reihe von Verbrauchssteuern, sondern hob darüber hinaus auch die Kapitalertragssteuer von 10% auf 15% an und führte eine Zusatzabgabe auf hohe Einkommen ein, wobei außerdem eine Anhebung der Körperschaftssteuer geplant ist. Ferner spielte die Einführung eines strikteren Kontrollmechanismus bei der Überwindung der Krise eine entscheidende Rolle. Auch wenn Island sich als Nichtmitglied der Eurozone nicht den gleichen Zwängen wie einige der Mitgliedstaaten ausgesetzt sieht, befindet es sich in einer besonderen Lage und hat dennoch einen ehrgeizigen und positiven Weg zur Haushaltskonsolidierung gewählt, von dem sich ganz allgemein alle Mitgliedstaaten des Europarats leiten lassen sollten.²⁸ Im Mai 2012 sahen die Wirtschaftsindikatoren des Landes gut aus: Das Wirtschaftswachstum hatte sich 2011 bei 3% stabilisiert, die Inflation lag unter 3%, und die Arbeitslosigkeit war auf 7% gesunken. Isländischen Entscheidungsträgern zufolge war dieser Erfolg der „Standfestigkeit“ gegenüber Druck seitens der Europäischen Union und der Achtung des politischen Grundsatzes zuzuschreiben, Verluste in der Privatwirtschaft dürften nicht „verstaatlicht“ werden.²⁹

26. Ungeachtet erster kritischer Stimmen über Reaktionen auf die Krise und erster Beispiele für die erfolgreiche Umsetzung von Alternativmaßnahmen scheinen die meisten Länder weiterhin den Empfehlungen der Europäischen Kommission von 2010 zu folgen, wonach eine auf Ausgabenkürzungen beruhende Steuerkonsolidierung als effektiver und länger wirksam galt als eine Konsolidierung durch Steuererhöhungen welcher Art auch immer.³⁰ In jüngerer Zeit ist dieser Ansatz allerdings von Wirtschaftsanalytikern und politischen Entscheidungsträgern immer mehr in Frage gestellt worden. Der „CRIS-Ausschuss“ (Sonderausschuss für die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise) des Europäischen Parlaments empfahl zum Beispiel 2011 in einer Entschließung eine umfassendere Reaktion auf die Krise, aufbauend auf dem Grundsatz der Vertiefung der europäischen Integration und des Ausbaus des Wohlfahrtsstaats durch Förderung der sozialen Inklusion, der Schaffung von Arbeitsplätzen und nachhaltigen Wachstums. Er verlangte darüber hinaus eine langfristige Vision für Europa, ein „umfassendes, sozial inklusives und kohäsives Sozialpaket für den Umgang mit der Schwäche des Finanzsystems und mit dem Ziel der Förderung längerfristiger Investitionen für nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen“, während zugleich der Finanzsektor und seine Akteure strenger reguliert werden sollten.³¹

3.2. Auswirkungen auf demokratische Prozesse

27. Wie die Versammlung bereits in ihrer Entschliessung 1832 (2011) über „Nationale Souveränität und Staatlichkeit im gegenwärtigen internationalen Recht: Klärungsbedarf“ zum Ausdruck brachte, hat die europäische Integration, gerade auch die Einführung des Euro, die Übertragung einer Reihe von Politikbereichen auf die Europäische Union mit sich gebracht, die traditionell der nationalen Souveränität unterstanden, insbesondere in wirtschafts- und währungspolitischen Angelegenheiten, und wirkt sich immer mehr auf fiskal- und sozialpolitische Entscheidungen aus. Auch die zunehmende wirtschaftliche Integration hat in ähnlicher Weise selbst Folgen für Länder, die nicht der Eurozone oder der Europäischen Union angehören. In Zeiten der Krise oder von Sparprogrammen ist also ein deutlicher Rückgang der nationalen Autonomie zu beobachten, was bedeutet, dass wichtige politische Beschlüsse von nationalen demokratischen Prozessen auf eine vom dem einzelnen Bürger viel weiter entfernte Entscheidungsebene verlagert werden.

28. Das Grundproblem des wirtschaftlichen Regierungshandelns in Europa ist die fehlende demokratische Rechenschaftspflicht. Die grundlegende Frage lautet, wie die Regierungen der Mitgliedstaaten einander sagen können, was zu tun ist, wenn einige von ihnen demokratisch dazu gewählt worden sind, etwas anderes zu tun. In diesem Zusammenhang wird regelmäßig nach einer demokratischen Wirtschaftsregierung der Eurozone verlangt, wie einige dies schon in den ersten Jahren des monetären Aufbaus angeregt hatten.³²

29. In verschiedenen Ländern waren vor kurzem einige Drohungen in Bezug auf demokratische Entscheidungsprozesse zu vernehmen. In Deutschland, dem Heimatland Ihres Berichterstatters, unterstrich zum Beispiel Bundeskanzlerin Merkel 2011 in einer Presseerklärung zur Europäischen Finanzstabilitätsfazilität, es komme darauf an, Wege zu finden, um „die parlamentarische Beteiligung so zu gestalten, dass sie den Märkten entspricht und dort entsprechende Signale auslöst“.³³ Beunruhigende Nachrichten kamen bereits 2010 aus Spanien, wo die Regierung angesichts eines großangelegten Streiks von Fluglotsen, die auf Druck auf ihre Gehälter und Arbeitsbedingungen sowie die von der Regierung beabsichtigte Privatisierung einiger Flughäfen reagierten, nach dem Kriegsrecht den Alarmzustand ausrief.³⁴

30. Aus der Sicht Ihres Berichterstatters sollte jeder mit der derzeitigen Krise zusammenhängende Entscheidungsprozess einer genauen parlamentarischen Überprüfung unterworfen werden. Dazu sollte auch die Hinterfragung der internationalen Ratingagenturen gehören. Ein weiteres zu erwägendes Instrument könnten, wo dies angemessen und verfassungsrechtlich abgesichert ist, Volksabstimmungen sein, die eine unmittelbare Bürgerbeteiligung an wichtigen Entscheidungen erlauben. Gegenwärtig sind solche Maßnahmen bei den europäischen Entscheidungsträgern sehr umstritten. Im April 2011 lehnten die isländischen Wähler den von der Regierung und dem Parlament angenommenen Schuldentilgungsplan ab, nach dem £ 3 Mrd. zurückgezahlt werden sollten, die das Vereinigte Königreich und die Niederlande im Anschluss an den Zusammenbruch des Bankensystems 2008 verlangt hatten.³⁵ Im Herbst 2011 waren viele von ihnen entsetzt über die Ankündigung des griechischen Premierministers, über die vorgeschlagene Schuldenumwandlung und die anschließenden Austeritätsmaßnahmen eine Volksabstimmung abzuhalten³⁶, eine Maßnahme, von der Ministerpräsident Papandreou kurz danach angesichts der Kritik aus dem Inland wie dem Ausland absah.³⁷

31. Dennoch hat die Frage der Volksabstimmungen im Februar 2012 wieder ihren Weg auf die politische Agenda gefunden, als der irische Ministerpräsident Kenny bekanntgab, Irland werde, wahrscheinlich als einziger europäischer Staat, (im Mai 2012) eine Volksabstimmung über den neuen Fiskalpakt der Europäischen Union abhalten.³⁸ Aktivistenbewegungen wie Attac zufolge, die neoliberale Tendenzen sehr kritisch betrachten, würde der zurzeit erörterte EU-Fiskalpakt eines der wichtigsten Rechte der nationalen Parlamente, die Haushaltskompetenz, signifikant beschneiden und größere Teile davon der Europäischen Kommission übertragen. In einem Offenen Brief an Mitglieder des Deutschen Bundestags rief Attac darum die Abgeordneten auf, den entsprechenden Vertrag bereits bei der ersten Lesung am 25. März 2012 abzulehnen.³⁹

32. Ihr Berichterstatter unterstützt den von Ländern wie Irland eingeschlagenen Weg sehr, da nach Ansicht einiger Rechtsexperten mit dem Fiskalpaktprozess zurzeit die gesetzlichen Vorgehensweisen umgangen werden, durch die die Beteiligung und Unterstützung der nationalen Parlamente sowie des Europäischen Parlaments gewährleistet worden wären.⁴⁰ Er macht darauf aufmerksam, wie traditionelle demokratische Prozesse durch schnelle Entscheidungsverfahren bedroht werden, die mit der Dringlichkeit der Bewältigung der „Staatsschuldenkrise“ gerechtfertigt werden und rät von einer weiteren Unterminierung des demokratischen „*acquis*“ (Besitzstands) Europas nachdrücklich ab. Gegenwärtig (Frühjahr 2012) wird in dem Heimatland Ihres Berichterstatters (Deutschland) versucht, traditionelle demokratische Prozesse zu wahren, wobei der Bundestag die Möglichkeit prüft, über ein besonderes Fiskalpakt-Beteiligungsgesetz

(FBG) seine Teilnahme an Entscheidungen in Bezug auf den ESM-Mechanismus und den europäischen Fiskalpakt sicherzustellen.⁴¹

33. Auf der Ebene des Europarats bestehen im Hinblick auf demokratische Standards nur sehr wenige verpflichtende Rechtsinstrumente. Allerdings könnte sich in dieser Frage die Strategie für Innovation und gute kommunale Regierungsführung als interessant erweisen, die der Europarat 2007 erarbeitet hatte und die seine Konferenz der für lokale und regionale Gebietskörperschaften zuständigen Minister im November 2007 gebilligt hatte. Zu der Strategie gehören 12 allgemeine Grundsätze der „guten demokratischen Regierungsführung“ – darunter Beteiligung, Transparenz, ethisches Verhalten und Langzeitorientierung –, die möglicherweise für jede moderne Demokratie von Nutzen sein könnten.

3.3. Auswirkungen auf die Menschenrechtsstandards, einschließlich der Standards der sozialen Rechte, im gesamten „Größeren Europa“

34. Eine Prüfung der verschiedenen nationalen Gegebenheiten macht deutlich, dass die Standards der sozialen Rechte in einigen der entsprechenden Länder stark gefährdet sind, da Austeritätsmaßnahmen oft auf öffentliche Sozialeinrichtungen und -programme angewandt werden und dementsprechend eher Menschen treffen, die bereits auf Sozialhilfe angewiesen oder benachteiligt sind, was den Zugang zu kostspieligeren Leistungen, wie zum Beispiel zusätzliche Gesundheitsleistungen, angeht.

35. Aktuelle Studien zeigen, dass Frauen von der Wirtschafts- und Finanzkrise unverhältnismäßig stärker betroffen sind. Zuerst einmal sind sie nicht gleichberechtigt in Entscheidungsprozesse eingebunden und können sich deshalb nicht mit ihren eigenen politischen Prioritäten zur Geltung bringen. Zweitens sind Frauen, wenn es um Steuer- und Leistungsreformen geht, wie ein Bericht des Institute for Fiscal Studies im Vereinigten Königreich deutlich macht, häufig stärker betroffen als Männer. Gerade ledige Frauen verlieren prozentual einen größeren Teil ihres Einkommens als ledige Männer, vorwiegend deshalb, weil über 90% aller Alleinerziehenden Frauen sind und alleinerziehende Eltern durch Steuer- und Leistungsveränderungen einen besonders hohen Betrag einbüßen.⁴² Schließlich erleiden Frauen bei Sozialleistungen noch andere Einbußen, wie zum Beispiel im Hinblick auf Kindergeld und Kinderbetreuungseinrichtungen, von denen unverhältnismäßig oft alleinerziehende Mütter und geringverdienende Frauen betroffen sind.

36. Ein weiterer Bericht des Institute for Fiscal Studies, der von dem Family and Parenting Institute in Auftrag gegeben worden war, macht deutlich, dass ein großer Teil der Belastung durch Sparprogramme von Familien zu tragen ist. Wiederum im Vereinigten Königreich dürften die Einkommen von Familien mit Kindern von 2010-11 bis 2015-16 real um 4,2% zurückgehen. Bei Familien mit drei Kindern werden die Einkommen den Prognosen zufolge bis 2015-16 um 6,8% abnehmen, während der Rückgang bei Ein-Kind-Familien nur 3,3% ausmachen dürfte. Anschließend warnen die Experten, 500 000 weitere Kinder würden zwischen 2010-2011 und 2015-2016 in absolute Armut geraten, zumeist in Haushalten, in denen das jüngste Kind noch keine fünf Jahre alt ist.⁴³

37. Das wichtigste verbindliche Rechtsinstrument auf europäischer Ebene ist die überarbeitete Europäische Sozialcharta, die einen umfassenden Schutz der sozialen Rechte gewährleistet und zum Beispiel auch den Schutz vor Armut und sozialem Ausschluss (Artikel 30) und das Recht auf Wohnraum (Artikel 31) enthält. Eine Reihe von Ländern hat dieses überarbeitete Rechtsinstrument jedoch noch nicht ratifiziert. Dazu gehören auch einige derjenigen Staaten, die Sparprogramme für ihre öffentlichen Haushalte angewandt haben und dies weiter tun werden, wie Deutschland, Griechenland, Spanien oder das Vereinigte Königreich. Angesichts der anhaltenden Sparpolitik sollten diese Länder noch dringlicher dazu angehalten werden, die überarbeitete Charta zu ratifizieren und bei jeder im Anschluss an die Krise getroffenen Entscheidung ein Minimum an Sozialstandards einzuhalten. Außerdem verdient die besondere Lage bedürftiger oder besonderen Schutz erfordernder Gruppierungen wie Alleinerziehende, ältere Menschen oder Kinder verstärkte Beachtung.

38. Auf europäischer Ebene wurden solche Daten in einer OECD-Studie aus dem Jahre 2011 bestätigt, in der eine Bilanz der Einkommensungleichheit und entsprechender Trends in ganz Europa gezogen und im März 2012 von Frau Monika Queisser, der Leiterin der Abteilung Sozialpolitik der OECD, dem Ausschuss vorgelegt wurde.⁴⁴ Was die „Staatsschuldenkrise“ angeht, hob sie hervor, dass die ersten Krisenreaktionen zwar ganz allgemein das soziale Schutzniveau angehoben hätten, Rentenreformen und spätere Rentenkürzungen dann aber zu sich ausweitenden Einkommensunterschieden geführt hätten – hauptsächlich zu Lasten der Armen. Sie war der Ansicht, die gegenwärtigen Steuersysteme ließen sich durch eine Steigerung der Progression noch verbessern, zum Beispiel durch eine Anhebung der entsprechenden Besteuerung gut verdienender Bürger.

39. In allerjüngster Zeit wurden die schwerwiegenden sozialen Auswirkungen von Sparprogrammen von Experten wie Cephias Lumina, einem unabhängigen Experten der Vereinten Nationen für Auslandsverschuldung und Menschenrechte, unterstrichen, der die Auffassung vertrat, die „Umsetzung des zweiten Pakets von Austeritätsmaßnahmen und Strukturreformen, zu dem eine pauschale Privatisierung staatlicher Unternehmen und Vermögenswerte (gehöre), (dürfte) schwerwiegende Folgen für grundlegende Sozialdienstleistungen und damit auch für den Genuss der Menschenrechte durch das griechische Volk haben, insbesondere bei den anfälligsten Bevölkerungsschichten wie den Armen, den älteren Menschen, den Arbeitslosen und den Behinderten“.⁴⁵

40. In dem vorliegenden Bericht sollen keine weiteren länderspezifischen Situationen beschrieben werden, doch hat die Befragung verschiedener Informanten ergeben, dass, über die Mitgliedstaaten der Eurozone und der Europäischen Union hinaus, viele im Europarat vereinigte Mitgliedstaaten des „Größeren Europas“ in bestimmter Weise von der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen sind und auch mehr oder weniger von der gegenwärtigen „Staatsschuldenkrise“ beeinflusst werden. So wurde im Falle der Ukraine vor kurzem geschätzt, dass das Wirtschaftswachstum sich dieses Jahr verlangsamen dürfte und sogar deutlich sinken könnte, sollten die Warenpreise infolge der Rezession in der Eurozone zurückgehen.

41. Selbst Staaten, die der Eurozone nicht angehören, sind in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung mit ihr verbunden.⁴⁶ Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise wurden auch durch den Global Wage Report 2010/2011 der IAO bestätigt, der zeigte, dass die weitreichendsten Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise auf Löhne und Gehälter in Mittel- und Osteuropa und Zentralasien festzustellen waren.⁴⁷ Deshalb sollten alle Mitgliedstaaten des Europarats ihre Konsultationen und ihre Zusammenarbeit ausbauen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern, nicht nur, weil sie von den Guten Praktiken der anderen etwas lernen können, sondern auch wegen der engen Verknüpfung der jeweiligen Lage ihrer Staaten. Einer der in dem vorliegenden Bericht gar nicht angesprochenen, aber für das künftige Europa immer wichtiger werdenden Aspekte betrifft die innereuropäischen Migrationsbewegungen, die, wenn sie nicht durch gezielte politische Maßnahmen angegangen werden, dazu führen werden, dass ganze Staaten keinerlei Entwicklung oder Wachstum mehr erleben.⁴⁸

3.4. Wahrnehmung der Krise und der Sparprogramme „vor Ort“

42. Der Gedankenaustausch mit NGO-Vertretern aus einigen der am direktesten betroffenen Länder hat dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung eine Vorstellung davon vermittelt, wie die Wirtschafts- und Finanzkrise das Alltagsleben der Menschen verändert hat oder immer noch beeinflusst. So bot zum Beispiel im Falle Spaniens Frau Rebeca Mayorga Fernández, Rundfunk- und Fernsehjournalistin und Studentin aus Madrid, eines der ersten Mitglieder der spanischen Bewegung der „*indignados*“ (d.h. der Empörten), einige Einblicke in die gegenwärtige wirtschaftliche Situation vieler ihrer Generation, auch in ihre eigene Lage. Sie beschrieb ein Gesamtbild, in dem hoch qualifizierte junge Menschen keinen dauerhaften Arbeitsplatz finden und von einer prekären Stelle zur nächsten ziehen müssen, um zugleich auf Kosten ihrer Familie weiter zu studieren, von vornherein Sozialhilfe zu beantragen oder das Land zu verlassen und im Ausland zu arbeiten, wenn sie über den dafür erforderlichen Bildungshintergrund (und die entsprechenden finanziellen Mittel) verfügen. In dem Bemühen, die Arbeitsmarktflexibilität weiter zu steigern, haben viele Regierungen sich immer noch nach finanziellen Interessen gerichtet, während die am direktesten Betroffenen aus den Entscheidungsprozessen ganz ausgeschaltet blieben.

43. „Der Standpunkt der „*indignados*“ wurde von Herrn Luca Scarpello, dem Vizepräsidenten des Europäischen Jugendforums, bestätigt, der im März 2012 gegenüber dem Ausschuss darauf hinwies, wie wichtig es sei, jungen Menschen vor allem den Übergang zwischen Ausbildung und Berufarbeit zu erleichtern und zu vermeiden, dass ihre spätere Laufbahn durch jahrelange Praktika zu Beginn ihres Berufslebens gekennzeichnet ist. Er erinnerte auch daran, dass mangelnde Unterstützung junger Menschen die Gesellschaft langfristig belastet: Nach Schätzungen des Forums belaufen sich die finanziellen Verluste in Verbindung mit Jugendarbeitslosigkeit – aufgrund gezahlter Sozialleistungen, Nichteinzahlung in Sozialversicherungssysteme oder Ausschluss vom Konsum – allein in den EU-Ländern auf € 100 Mrd. pro Jahr. Bei demselben Anlass erinnerte die britische Unternehmerin Madi Sharma als Vertreterin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) der Europäischen Union die Parlamentarier daran, wie wichtig es ist, Unternehmergeist zu fördern und gab an, rund 98% des Wachstums kämen aus Klein- und Mittelbetrieben, die weder von vielen Banken wirklich ernst genommen noch in der Frühphase der politischen Gestaltung ausreichend einbezogen würden.

44. Die Informationen zu Spanien wurden durch einen ähnlichen Bericht über Griechenland von Frau Sonia Mitrailia, ergänzt, der Vertreterin der Fraueninitiativen gegen Verschuldung und Austeritätsmaßnahmen aus Griechenland (ein Teil des Ausschusses zur Abschaffung der Schulden der

Dritten Welt [CADTM] und seines Netzwerks). Ihr zufolge hatten die griechischen Entscheidungsträger inzwischen eingeräumt, dass die angewandten „Rezepte“ weitgehend unwirksam bleiben dürften: Das derzeitige Ziel der Austeritätsmaßnahmen bestehe darin, 2020 eine Staatsverschuldung von 120% des BIP zu erreichen, also den Stand von 2009, als die gesamte Krise begann. Soziale Einschnitte aufgrund von Sparprogrammen beträfen zunehmend die Mittelschicht, die viel von ihrer Kaufkraft verloren habe. Einige der Folgen sähen so aus, dass viele Kinder in den Schulkantinen unterernährt seien, die Zahl der Arbeitslosen deutlich gestiegen sei, die Arbeitslosenquote ganz allgemein 20% und bei jungen Menschen mehr als 50% erreicht habe, öffentliche Dienstleistungen zusammengestrichen und sogar grundlegende medizinische Leistungen, wie zum Beispiel bei Entbindungen, für manche Menschen unerschwinglich geworden seien. Zu den am stärksten betroffenen Gruppierungen gehörten junge Frauen, ältere Menschen und Alleinerziehende.

45. Weitere Beispiele für solche negativen Auswirkungen lassen sich in der europäischen Presse fast täglich finden: Gerade eben Ende Januar teilte das griechische Erziehungsministerium mit, Lebensmittelgutscheine würden an diejenigen Schüler und ihre Familien verteilt werden, die von der Krise am stärksten betroffen seien, nachdem in den Medien über unterernährte Schüler berichtet worden war, die während des Unterrichts in Ohnmacht gefallen seien (worauf das Ministerium den Lehrerverbänden vorwarf, gegen staatliche Austeritätsmaßnahmen populistische Propaganda verbreitet zu haben).⁴⁸ „Die gemeldeten Suizide haben sich seit der Zeit vor der Krise (...) dem griechischen Gesundheitsministerium und einer Wohlfahrtsorganisation namens Klimaka (im September 2011) zufolge ungefähr verdoppelt.“⁴⁹ Der Zusammenhang mit der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Krise wird aus dem tragischen Selbstmord eines pensionierten griechischen Apothekers deutlich, der in seinem Abschiedsbrief seine Ansicht vortrug, eine Besatzungsregierung habe ihm die Möglichkeit genommen, mit einer anständigen Rente zu überleben.

4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

46. Ihr Berichterstatter ist überzeugt, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik, Austeritätsmaßnahmen und die Frage der Regulierung der Tätigkeiten der finanziellen Akteure die Menschenrechte (einschließlich der sozialen Rechte) in Europa und das demokratische Fundament der Mitgliedstaaten immer mehr beeinflussten. Er bittet die Versammlung deshalb, an die Mitgliedstaaten des Europarats eine nachdrückliche Botschaft zu übermitteln.

47. Eine wichtige Bezugsgrundlage bildet dabei die überarbeitete Europäische Sozialcharta, die von einer Reihe von Mitgliedstaaten erst noch ratifiziert werden muss. Auf dem Gebiet der Demokratie bestehen auf europäischer Ebene nur wenige verpflichtende Standards. Darüber hinaus könnten die Strategie für Innovation und gute kommunale Regierungsführung mit ihren 2007 von dem Europarat erarbeiteten 12 Grundsätzen zur „guten demokratischen Regierungsführung“ sicherlich über den kommunalen Bereich hinaus als allgemeiner Bezugsrahmen für jede moderne Demokratie dienen.

48. Viele der in jüngster Zeit getroffenen oder für die nahe Zukunft erwarteten Beschlüsse zur „Staatschuldenkrise“ entsprechen nicht höchsten demokratischen Standards, da sie unter Vorwand dringend erforderlicher Entscheidungen in aller Eile von Institutionen vorgenommen wurden, die nicht demokratisch legitimiert und von den Anliegen der europäischen Bevölkerung weit entfernt sind. Versuche, im Rahmen von Volksabstimmungen oder Protestbewegungen kritische Stimmen zu Wort kommen zu lassen, werden vielfach ignoriert, verunglimpft oder einfach abgetan. Das Bewusstsein für solche Bedrohungen der Demokratie sollte bei jeder denkbaren Gelegenheit geweckt werden, und die europäischen demokratischen Standards, die zu den Grundwerten Europas gehören, sollten geschützt und durch das Streben nach höheren und moderneren Standards der Demokratie, Inklusion und Beteiligung sogar weiterentwickelt werden.

49. Wirtschaftlich gesehen sind Kürzungen der Staatsausgaben, sozialen Sicherungsnetze oder Löhne keine effektiven Maßnahmen gegen die aktuelle Krise, da sie insbesondere die Geringverdiener treffen und deren Kaufkraft und Selbsterhaltungsfähigkeit weiter untergraben. Statt zu versuchen, durch Senkung der öffentlichen Ausgaben ausgeglichene Haushalte zu erreichen, muss gegen die wohlhabenderen Schichten der Gesellschaft vorgegangen werden, indem ihre Steuern erhöht und neue eingeführt werden. Solche Maßnahmen betreffen die Privatausgaben nur in geringem Umfang und haben darum größere „Multiplikatoreffekte“.

50. Ihr Berichterstatter ist davon überzeugt, dass die vor kurzem eingerichteten wie auch die aktuellen „Rettungsfonds“ die Lage nicht verbessern, sondern die Krise verschlimmern und die Verursacher, wie zum

Beispiel weltweit tätige Kreditinstitute, nicht ausreichend zur Verantwortung ziehen. Die langfristige Frage der Staatsfinanzen sollte über weite Strecken von den privaten Finanzmärkten und ihrer spezifischen Dynamik und ihren kurzfristigen Interessen abgekoppelt werden. Außerdem unterstützt Ihr Berichterstatter mit Nachdruck die Vorstellung, die Regulierung des Finanzsektors zu verstärken, wie dies zurzeit auf der Ebene der Europäischen Union erörtert wird, wo der Kommissar für den Binnenmarkt und Dienstleistungen, Michel Barnier, eine entsprechende Diskussion eingeleitet und im Übrigen in jüngster Zeit Vorschläge unterbreitet hat, die Risiken bei Finanzdienstleistungen zu begrenzen und den europäischen Finanzsektor, einschließlich des Markts der so genannten Schattenbanken, zu regulieren.⁵¹

51. Wo immer politische Maßnahmen zur Verminderung von Haushaltsdefiziten für erforderlich erachtet werden, ist sicherzustellen, dass sie nicht unverhältnismäßig stark mittlere und untere Einkommensgruppen und besonders schutzbedürftige Bevölkerungsschichten (Kinder, ältere Menschen, Behinderte, Migranten usw.) belasten oder ihren Lebensstandard senken. Als Alternative wäre an Kürzungen bei nur begrenzt sozial wirksamen Haushaltszeilen – wie bei den Rüstungsausgaben – zu denken. Schließlich sollten auch die langfristigen Folgen einiger der Konsolidierungsmaßnahmen zu berücksichtigen: Manche Sparprogramme schließen die massive Privatisierung öffentlicher Einrichtungen ein, die dann zu mangelnder Transparenz und unzureichender demokratischer Kontrolle wie auch einer Bedrohung der Qualität einiger dieser Einrichtungen und des gleichen Zugangs zu ihnen führen könnte, so im Gesundheitsbereich und bei Familiendienstleistungen.

52. Die Mitgliedstaaten des Europarats sollten außerdem positive Anreize für eine soziale, nachhaltige und umweltfreundliche wirtschaftliche Entwicklung und umfassende wirtschaftliche Sanierungsprogramme ausarbeiten, gerade auch zugunsten der jüngeren Generation, der der Zugang zu stabiler Beschäftigung und ein nachhaltiger Beitrag zur europäischen Wirtschaft immer schwerer fällt.

53. Angesichts dieser Schlussfolgerungen regt Ihr Berichterstatter die Versammlung dazu an, den Mitgliedstaaten des Europarats folgende Schritte zu empfehlen:

- Verhinderung der Untergrabung bestehender demokratischer Standards bei Entscheidungen in Verbindung mit der „Staatsschuldenkrise“ und möglicherweise zu ergreifenden gemeinsamen europäischen Maßnahmen;
- Überlegungen darüber, wie solche Prozesse künftig demokratischer ablaufen könnten, auch im Hinblick auf wirtschaftspolitische Entscheidungen auf europäischer Ebene, und in der Zwischenzeit ein Vorgehen mit einem Höchstmaß an Transparenz bei allen weitreichenden Entscheidungen mit gravierenden Folgen für die Volkswirtschaft eines Landes;
- Erwägung von Maßnahmen zur Modernisierung demokratischer Strukturen und Prozesse durch Einführung neuer Formen der Bürgerbeteiligung und -befragung – wie bei Referenden –, soweit die Verfassung oder die Rechtsvorschriften solche Möglichkeiten vorsehen;
- Überprüfung der derzeitigen Sparprogramme im Hinblick auf eine mögliche Beschädigung der Standards für soziale Rechte;
- Ausrichtung der Sparprogramme im Anschluss an eine solche Analyse auf ein sozialen und ökologischen Standards gerecht werdendes Wirtschaftswachstum, soweit dies angemessen erscheint;
- Einleitung umfassender und positiver wirtschaftlicher Sanierungsprogramme zur Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit, gerade auch unter der jungen Generation, und aller ihrer negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen;
- Abkoppelung der langfristigen Thematik der öffentlichen Finanzen von den Finanzmärkten, ihrer spezifischen Dynamik und ihren kurzfristigen Interessen;
- Fortführung und Unterstützung der unternommenen Bemühungen zur verstärkten Regulierung des Finanzsektors;
- Einführung neuer Steuern auf hohe Einkommen und Erwägung weiterer Maßnahmen zur künftigen Steigerung der öffentlichen Haushaltsmittel;

- Erwägung eines strikteren Vorgehens gegen Steuerparadiese und der Einführung neuer Steuern auf Finanztransaktionen in ganz Europa – zwei Fragen, die hier nicht näher erörtert werden, da sie im ersten Fall in einem im April 2012 von der Versammlung erörterten Bericht⁵² eingehend behandelt und bei dem anderen Thema in einem Bericht besprochen werden, der zurzeit von dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie ausgearbeitet wird.

54. Die Mitgliedstaaten des Europarats sollten ganz allgemein ihr Vorgehen in der gegenwärtigen Krisensituation koordinieren, um für stimmige und effektive politische Reaktionen Sorge zu tragen. Die Vergemeinschaftlichung von Schulden und gemeinsame Verhandlungen verschiedener Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Finanzinstitutionen könnten einen denkbaren Weg darstellen. Allerdings müssen solche Maßnahmen im Rahmen der Erweiterung der Demokratie auf die europäische Ebene ergriffen werden, da sie sonst eine zusätzliche Beschränkung der Autonomie der nationalen Regierungen bei der Reaktion auf Krisensituationen und der Erarbeitung wirtschaftspolitischer Maßnahmen darstellen könnten.

55. Über Einzelmaßnahmen dieser Art hinaus könnten koordinierte politische Reaktionen auf lange Sicht möglicherweise zu einer neuen Betrachtungsweise der künftigen europäischen Wirtschaft und eines neuen Europäischen Sozialmodells auf der Grundlage der sozialen Rechte als integrierender Bestandteil der Menschenrechte führen.

56. Die Parlamentarische Versammlung, die sich als parlamentarisches Forum und „demokratisches Gewissen“ des Größeren Europas betrachtet, sollte die Mitgliedstaaten dazu aufrufen, die Beteiligungsrechte aller in einem bestimmten Land bestehenden demokratischen Gremien und Bewegungen – insbesondere der nationalen Parlamente – sicherzustellen und neue Wege zu finden, um die Bürger bei der Ausgestaltung und Umsetzung wirtschafts- und finanzpolitischer Maßnahmen zu Wort kommen zu lassen, die sich auf die Lebensverhältnisse der Bevölkerung nachhaltig auswirken.

1. Ausschussvorlage: [Dok. 12633](#), Vorlage 3785 v. 24. Juni 2011.

2. In der Parlamentarischen Versammlung am 26. Juni 2012 angenommener Entschließungsantrag.

3. Hammarberg, Thomas, Menschenrechtskommissar des Europarats: Report following his visit to Ireland from 1 to 2 June 2011, Straßburg, 15. September 2011, CommDH(2011)27 (nur auf Englisch).

4. Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung hörte folgende Personen: (1) am 24. Januar 2012 Herrn Heiner Flassbeck, Direktor der Abteilung Globalisierung und Entwicklungsstrategien, Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), Frau Rebeca Mayorga Fernández, Rundfunk- und Fernsehjournalistin und Studierende, Madrid (Mitglied der Indignado-Bewegung), Frau Sonia Mitrailia, Women's Initiatives against Debt and austerity measures, Committee for the Abolition of Third World Debt – CADTM, Griechenland; (2) am 22. März 2012 – Frau Monika Queisser, Leiterin der Abteilung Sozialpolitik, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Prof. Arne Heise, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Universität Hamburg, Deutschland, Frau Madi Sharma, britisches Mitglied der Arbeitgebergruppe im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), Herrn Luca Scarpiello, Vizepräsident, Europäisches Jugendforum.

5. Europäische Zentralbank (EZB): Financial Stability Review December 2011, vorgelegt von Vizepräsident Constâncio auf einem Pressebriefing am 19. Dezember 2011 in Frankfurt (nur auf Englisch), <http://www.ecb.int>.

6. Europäische Zentralbank (EZB): The size and composition of government debt in the euro area, Occasional Paper Series Nr. 132, Oktober 2011, <http://www.ecb.int>.

7. Umfassende Informationen stehen auf der Website der Europäischen Union zur Verfügung, <http://europa.eu> („Stability and growth pact and economic policy co-ordination“).

8. Dombret, Andreas (Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank): Europäische Staatsschuldenkrise – Ursachen und Lösungsansätze, Vortrag vor dem Deutsche Alumni e.V., Frankfurt, 20. Dezember 2012.

9. Alessi, Christopher; Wolverson, Roya: The Credit Rating Controversy, Council on Foreign Relations/New York, 19. Januar 2012, www.cfr.org.

10. Umfassende Informationen auf der EFSF-Website: www.efsf.europa.eu.

11. „European fiscal union: what the experts say“, The Guardian, 2. Dezember 2011, www.guardian.co.uk.
12. Central Intelligence Agency (CIA): The World Factbook: Public debt by country (in % of GDP), Informationen abgerufen am 14. März 2012 (wöchentlich aktualisiert), www.cia.gov.
13. „How the Euro Became Europe's Greatest Threat“, Der Spiegel, 20. Juni 2011, www.spiegel.de/international/europe.
14. Umfassende Informationen auf der EFSF-Website: www.efsf.europa.eu.
15. Pietras, Jennifer: Austerity Measures in the EU – A Country by Country Table, The European Institute, www.europeaninstitute.org (Informationen abgerufen am 13. März 2012).
16. „Greece to go ahead with crucial debt swap“, BBC News (Business), 9. März 2012, www.bbc.co.uk.
17. „Britain's Self-Inflicted Misery“, Editorial of The New York Times Opinion Pages, The New York Times, 14. Oktober 2011, www.nytimes.com.
18. Larry Elliot: IMF warns of threat to global economies posed by austerity drives, The Guardian, 20. Januar 2012, www.guardian.co.uk.
19. „UN Agency Slams European Austerity Measures“, Der Spiegel, 30. April 2012, www.spiegel.de/international/world; „UN-Organisation warnt vor Folgen der Sparpolitik“, Die Zeit Online, 30. April 2012, www.zeit.de.
20. Kaiser, Stefan: Austerity Backlash Unites European Leaders, Der Spiegel, 27. April 2012, www.spiegel.de/international/europe.
21. Burgen, Stephen; Inman, Phillip: Spain faces crisis 'of huge proportions' over unemployment and banks, The Guardian, 27. April 2012, www.guardian.co.uk.
22. Inman, Phillip: Italy's recession set to be longer and deeper than expected, The Guardian, 4. Mai 2012, www.guardian.co.uk.
23. Broughton, Andrea: EU unemployment stable but still high and youth unemployment rising, comment by the Institute for Employment Studies (IES), Brighton, 2. Mai 2012, www.employment-studies.co.uk.
24. Blackstone, Karnitschnig, Thomson: Draghi spricht sich für harte Linie bei Sparkurs aus, Wall Street Journal, 23. Februar 2012, www.wallstreetjournal.de.
25. Thomas Hammarberg, Menschenrechtskommissar des Europarats, in seinem Vortrag über „Realising the potential of equality bodies“ („Nutzung des Potentials von Gleichstellungseinrichtungen“ auf dem Equinet High-Level Meeting with Heads of National Equality Bodies, Brüssel, 29. November 2011, CommDH/Speech(2011)15.
26. Pignal, Stanley; Spiegel, Peter: EU austerity critic's views gain credence, Financial Times, 5. März 2012, www.ft.com. Heise, Arne; Lierse, Hanna: Budget Consolidation and the European Social Model, Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2011, www.fes.de.
27. UNCTAD (TDR 2011), Trade and Development Report, 2011, Post-crisis policy challenges in the world economy, United Nations publications, Vertriebs-Nr- E11.II.D.3, New York und Genf.
28. Heise, Arne; Lierse, Hanna: Budget Consolidation and the European Social Model, Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2011, www.fes.de.
29. Wolff, Reinhard: Der demokratische Weg als Rettung, Die Tageszeitung (TAZ), 1. Mai 2012, www.taz.de.
30. Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen: Public Finances in EMU – 2010, European Economy 04/2010, Brüssel, <http://ec.europa.eu>.
31. Europäisches Parlament: CRIS-Ausschuss, endgültige EntschlieÙung, im Plenum verabschiedet am 6. Juli 2011, Executive Summary, www.europarl.europa.eu.
32. Collignon, Stefan: Democratic Requirements for a European Economic Government, International Policy Analysis, Friedrich-Ebert-Stiftung, Dezember 2010, www.fes.de.
33. „Pressstatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der Republik Portugal, Pedro Passos Coelho“, Berlin, 1. September 2011 (auf der Grundlage der Protokolle der Pressekonferenz), www.bundesregierung.de.
34. „Spanische Regierung ruft Alarmzustand aus“, Welt Online, 4. Dezember 2010, www.welt.de.
35. „Icelandic voters reject Icesave debt repayment plan“, The Guardian, 10. April 2011, www.guardian.co.uk.

36. „Papandreou irritiert Griechen mit Abstimmungsplan“, Spiegel Online, 1. November 2011, www.spiegel.de.
37. „Doch kein Referendum in Griechenland“, Frankfurter Allgemeine, 3. November 2011, www.faz.net.
38. „Ireland referendum on EU pact to be held on 31 May“, BBC News Europe, 27. März 2012, www.bbc.co.uk.
39. Offener Brief von Attac Deutschland an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestags, 23. März 2012.
40. „Irish referendum crucial to challenge EU austerity treaty“, The Transnational Institute, März 2012, www.tni.org.
41. Deutscher Bundestag: „Vorschläge für Begleitgesetze zum ESM-Vertrag sowie zum Fiskalpakt im Ältestenrat vorgestellt“, Pressemitteilung, 22. März 2012, www.bundestag.de.
42. Browne, James: How could the government perform a gender impact assessment of tax and benefit changes? Observations: reflections on current events, Institute for Fiscal Studies, London, Juni 2011, www.ifs.org.uk.
43. „UK Recession: Families ‘Shouldering Austerity Burden’ Says Institute for Fiscal Studies“, Huffington Post (Vereinigtes Königreich), 4. Januar 2012, www.huffingtonpost.co.uk.
44. OECD: Divided we stand: why inequalities keep rising, Paris, 2011, www.oecd.org.
45. „Greek austerity measures could violate human rights, UN expert says“, UN News Centre, 30. Juni 2011, www.un.org.
46. Bozadzhieva, Martina: Austerity Measures, Weakening Growth in Central and Eastern Europe in 2012, Emerging Markets Insight by Frontier Strategy Group, 7. Februar 2012, <http://blog.frontierstrategygroup.com>.
47. Internationale Arbeitsorganisation: Global Wage Report 2010/2011, Wages Policies in Times of Crisis, Genf 2011, www.ilo.org.
48. Berger, Jens: Demographische Folgen der Eurokrise, NachDenkSeiten – Die kritische Website, 26 April 2012, www.nachdenkseiten.de.
49. „Lebensmittelcoupons für griechische Kinder“, Tageszeitung Junge Welt (Quelle: AFP), 12. März 2012, www.jungewelt.de.
50. Walker, Markus: Greek Crisis Exacts the Cruellest Toll, The Wall Street Journal, 20. September 2011, <http://online.wsj.com>.
51. Europäisches Parlament: „Mr Barnier counts on Parliament to back financial sector regulation“, Pressemitteilung des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, 21. März 2012, www.europarl.europa.eu; Europäische Kommission: Green Paper on Shadow Banking, 19. März 2012, Com(2012)102final, <http://ec.europa.eu>.
52. Siehe [Dok. 12894](#) und [Entschließung 1881 \(2012\)](#).